

Das Nazi-Erbe

Die Verbrechen von Psychiatern im Nationalsozialismus sind bisher nicht vollständig aufgeklärt worden. Jetzt untersuchen Historiker die Vorgeschichte des Münchner Max-Planck-Instituts für Psychiatrie und seines ehemaligen Direktors Ernst Rüdin. **Von Annegret Czernotta**

Bei Albertine Hässig bricht die psychische Krankheit wohl nach der Geburt der zweiten Tochter aus. In der Heil- und Pflegeanstalt Reichenau bei Konstanz wird sie 1928 als «vorerst nicht heilbar» diagnostiziert. Ihr Zustand verschlechtert sich zusehends. 1940 wird sie in die Tötungsanstalt Grafeneck bei Reutlingen verlegt und in der Gaskammer ermordet. Grafeneck war einer von sechs Orten, an denen die Nationalsozialisten systematisch kranke und behinderte Menschen ermordeten. Die Zahl der Opfer liegt zwischen 250 000 und 300 000. Hässigs Familie erhält die standardisierte Todesnachricht («Trostbrief») und die Sterbeurkunde zugeschiedt: Die Patientin sei infolge einer Herzmuskelschwäche verstorben» und ihre Leiche «aus seuchenpolizeilichen Erwägungen sofort eingäschert» worden.

Albertine Hässig war eine von 70 000 Menschen, die der sogenannten Aktion T4 zum Opfer fielen, die zwischen 1939 und 1941 in den Tötungszentren stattfand. Das Kürzel «T4» steht für die Adresse der damaligen Zentraldienststelle an der Tiergartenstrasse 4 in Berlin. Wissenschaftler beklagten damals, dass aufgrund der Aktion T4 «Forschungsmasse» verloren geht, weil durch die Einäscherung Versuche und Studien am lebenden Menschen oder durch Autopsie gewonnenes menschliches Material nicht mehr vorhanden war. Tötungszentren wie Grafeneck sendeten fortan Gehirnproben der ermordeten Menschen in verschiedene deutsche Laborzentren. Eines dieser Labore war die damalige Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie (DFA), aus der das heutige Max-Planck-Institut für Psychiatrie (MPI) in München hervorgegangen ist.

Forschung auch nach 1945

«Es muss von über 700 Euthanasie-Opfern ausgegangen werden, deren Gehirne die DFA in den Jahren 1939 bis 1945 und weit danach untersuchte», sagt Martin Keck, Direktor der Klinik und Chefarzt am MPI in München. Was allerdings nicht bekannt war: «Im Jahr 2016 war immer noch eine Vielzahl dieser Präparate ermordeter Patienten vorhanden.»

Dies zeigte eine Begehung des Archivs durch unabhängige Experten im Februar 2016. Zu den Konsequenzen gehörte eine sofortige Umstrukturierung des Archivs. Das Direktionskollegium am MPI fordert nun-



Kinder aus der kirchlichen Heilanstalt Schönbrunn bei Dachau, die mit den Nazis kooperiert hat. (Februar 1934)

Ernst Rüdin



Ernst Rüdin (*1874 in St. Gallen) war einer der wichtigsten Eugeniker des Nationalsozialismus. Nach dem Krieg konnte er in München weiterforschen.

mehr eine schonungslose Aufarbeitung der Rolle des Vorgängerinstituts des MPI im Nationalsozialismus. Auch die Frage, warum nach dieser langen Zeit die Präparate noch vorhanden sind, soll beantwortet werden.

Ab dem kommenden Februar wird deshalb im Auftrag der Max-Planck-Gesellschaft ein unabhängiges Forschungsteam international anerkannter und erfahrener Experten die Geschichte des Instituts erneut aufarbeiten. Insbesondere soll es auch darum gehen, die Humanpräparate zu identifizieren, die Biografien der Betroffenen zu rekonstruieren und «ihnen Identität und Würde zurückzugeben», sagt Keck. Ein weiteres Ziel wird es sein, mit den noch lebenden Angehörigen Kontakt aufzunehmen und die Humanpräparate zu beerdigen. «Wir wissen aus dem Bereich der Traumaforschung, wie wichtig es ist, den Opfern einen Namen und diesen einen Ort der Erinnerung zu geben.»

Auch die historischen Verstrickungen der Wissenschaftsgesellschaft werden intensiv aufgearbeitet: So war einer der Direktoren des damaligen Instituts, der Psychiater und

Rassenhygieniker Ernst Rüdin (1874-1952), massgeblich an der Ausgestaltung des «Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» beteiligt. Dieses Gesetz bildete die Grundlage für die Zwangssterilisation von mehr als 400 000 Menschen, wobei Tausende an den Folgen des Eingriffs starben. Der in St. Gallen geborene Rüdin arbeitete unter damaligen Psychiatriegrößen wie Eugen Bleuler am Burghölzli in Zürich und Emil Kraepelin in Heidelberg. 1912 wurde er in Deutschland eingebürgert und wurde 5 Jahre später Leiter der genealogisch-demografischen Abteilung an der DFA in München. 1933 trat er der NSDAP bei und wurde Präsident und Reichsführer der «Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater». 1942 schrieb Rüdin an den Reichsforschungsrat, «einwandfrei als minderwertig klassifizierte Kinder seien eliminationswürdig». Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entzieht ihm die Schweiz 1945 das Bürgerrecht. Das US-Militär enthebt ihn des Amts. Ein Jahr später wird er jedoch als Mitläufer klassifiziert und 1946 wieder zum Direktor der DFA

Albertine Hässig war eine von 70 000 Menschen, die zwischen 1939 und 1941 in den Tötungszentren ermordet wurden.

ernannt. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Tod 1952. Seine Tochter Edith Zerbin-Rüdin (1921-2015) arbeitete bis zur Pensionierung als Psychiaterin und Humangenetikerin am MPI in München. Auswärtige Historiker und auch Medien wiesen seit einiger Zeit darauf hin, dass die Rolle Rüdens in der Zeit des Nationalsozialismus beschönigt wurde.

Externe Untersuchung

Mehrere Anläufe einer historischen Aufarbeitung hatte es am MPI bereits gegeben. So wurden im Mai 1990 Humanpräparate namenlos auf dem Waldfriedhof in München bestattet und die Euthanasie-Morde erstmals beleuchtet. Die Max-Planck-Gesellschaft entschuldigte sich bei den Opfern des Nationalsozialismus. «Umso erschreckender ist, dass trotzdem noch immer so viele Präparate ermordeter Patienten vorhanden sind», sagt Elisabeth Binder, geschäftsführende Direktorin des MPI seit 2013, «wir klären dies nun rigoros auf.»

Dies wird nun die Aufgabe des internationalen Forscherteams sein. Eine interne Klärung hatte sich zuvor als unmöglich erwiesen, weil entsprechende Versuche - bewusst oder aus Unkenntnis - torpediert wurden. So bekamen Forscher das Archivgut nur selektiv vorgelegt. «Teilweise waren durch irreführende Auskünfte die existierenden Bestände auch nicht einsehbar», sagt der Giessener Medizinhistoriker Volker Roelcke, dessen Untersuchungen ebenfalls behindert wurden.

Daher soll ein Forschungsprojekt Aufklärung bringen. An diesem beteiligt sind der Historiker Paul Weindling von der Oxford-Brookes-Universität, Patricia Heberer-Rice vom US-Holocaust-Memorial-Museum in Washington und Gerrit Hohendorf von der Technischen Universität in München. Bewilligt sind 1,5 Millionen Euro über drei Jahre.

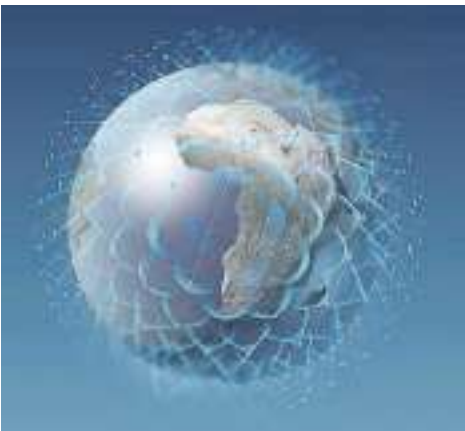
«Was geschehen ist, können wir nie wiedergutmachen», sagt Martin Keck. «Aber wir müssen uns erinnern - an eines der dunkelsten Kapitel der Psychiatrie und unseres Vorgängerinstituts», sagt Martin Keck.

Vom Himmel...

Fortsetzung von Seite 53

hat sich inzwischen finanzielle Unterstützung von mehreren Grossinvestoren gesichert. Zu den Geldgebern zählen neben Virgin Galactic auch der auf Mobilkommunikation spezialisierte Halbleiterhersteller Qualcomm. Seine Chips sollen den Funkverkehr zwischen den Satelliten und den Empfangsstationen auf der Erde abwickeln. Der grösste Oneweb-Anteilseigner ist seit kurzem der japanische Telekommunikationskonzern Softbank, der eine Milliarde Dollar investiert. Firmengründer Masayoshi Son hat nach einem Treffen mit Donald Trump Investitionen in den USA von insgesamt 50 Milliarden Dollar und 50 000 neue Arbeitsplätze in den USA versprochen. Bei Oneweb sollen es zunächst 3000 Stellen sein.

Ebenfalls beteiligt ist Airbus. Oneweb sei «das Projekt eines neuen Weltraumzeitalters», sagte Airbus-Chef Thomas Enders im Sommer vergangenen Jahres. Der Flugzeugbauer hat mit Oneweb ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das die Minisatelliten in einer neuen Fabrik in Florida bauen soll. «Die ersten zehn Satelliten werden wir an unserem Standort in Toulouse bauen», sagt Ralph Heinrich, Sprecher des Airbus-Geschäftsbereichs «Defence and Space». Die Serienfertigung in Florida sei wegen der grossen Stückzahlen eine Herausforderung, wie



Hunderte Satelliten übertragen das Internet.

man sie im Satellitengeschäft bis jetzt nicht gekannt habe. «Dort werden wir täglich 2 bis 3 Satelliten ausliefern», sagt Heinrich. «Bisher haben wir in einem Jahr 4 bis 6 grosse Kommunikationssatelliten gebaut.» Auch für Airbus ist das Oneweb-Projekt daher eine Zeitenwende: von der Einzelanfertigung zu Stückzahlen wie sie im Flugzeug-, aber nicht im Satellitenbau üblich waren.

Ein Nachteil der Satellitenkommunikation gegenüber Glasfaserkabeln ist die Zeitverzögerung, die die Signale auf ihrem Weg durchs All erfahren. Geostationäre Satelliten in ihren Umlaufbahnen in 36 000 Kilometern Höhe sind für zeitkritische Internetverbindungen ungeeignet. Denn die Signale

benötigen rund eine Viertelsekunde für die Strecke zum Satelliten und zurück zur Erde. Die Oneweb-Satelliten umkreisen die Erde deshalb in einer Höhe von nur 1200 Kilometern. Die Funkstrecke ist damit zwar noch immer länger als eine entsprechende Verbindung mit Glasfaserleitungen. Weil sich die elektromagnetischen Wellen in der Luft und im All aber schneller ausbreiten als in einer Glasfaser, kann das Satellitensystem mit Glasfaserleitungen konkurrieren. Lediglich über kurze Distanzen auf der Erde bleiben Glasfaserkabel konkurrenzlos schnell.

Für den Datenverkehr zwischen der Erde und den Satelliten sind regionale Sende- und Empfangsstationen erforderlich. Sie erzeugen lokale WLAN- oder Mobilfunknetze, an denen sich die Kunden mit ihren Computern und Smartphones anmelden können. «Direkte Verbindungen zwischen Smartphones und den Satelliten werden nicht möglich sein», sagt Wyler. «Denn dazu sind grosse und leistungsfähige Antennen erforderlich, die man in einem Handy nicht unterbringen kann.» Eine Konkurrenz zu den regionalen Telekommunikationsunternehmen will Oneweb ohnehin nicht sein: «Wir werden lediglich Bandbreite zur Verfügung stellen und sie den Telekoms zum Weiterverkauf anbieten», sagt Wyler.

Einen ersten Satelliten will Oneweb Anfang kommenden Jahres ins All schiessen, das gesamte System soll im Jahr 2019 den Dienst aufnehmen. Ob dieser ambitionierte Zeitplan einzuhalten sein wird, hängt mög-

Greg Wyler



Der 48-jährige Amerikaner hat am MIT in Boston Informatik studiert. Er wurde mit dem Verkauf seiner ersten Firma Multimillionär. Danach versuchte er das afrikanische Land Rwanda mit schnellem Internet zu versorgen. Bevor er Oneweb gründete, arbeitete er für ein Satellitenprojekt von Google.

licherweise aber auch von den internationalen Telekommunikationsbehörden ab. Funklizenzen muss Oneweb zwar nicht erwerben. Das Unternehmen muss aber garantieren, dass keine anderen Satellitendienste und terrestrischen Funkdienste gestört werden. Wyler sagt, dass er alle erforderlichen Bestätigungen von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) in Genf erhalten habe und jederzeit Satelliten in Betrieb nehmen dürfe. Laut René Tschannen, Sektionsleiter Frequenzplanung des Bundesamts für Kommunikation, ist der Prozess auf internationaler Ebene aber nicht abgeschlossen. Noch hätten die Behörden weltweit die Möglichkeit, Einwände zu erheben. Es gebe aber eine Tendenz, dass Satellitenbetreiber die endgültige Koordination durch die ITU nicht abwarten und ihre Systeme vorzeitig einschalten würden. «Oft stehen sie unter Zeitdruck und wollen die langwierigen Entscheidungsprozesse nicht abwarten», sagt er.

«Wir haben nachgewiesen, dass wir weder terrestrische Dienste noch bestehende geostationäre Satelliten stören», behauptet Wyler. Und «wir haben Prioritätsrecht, weil wir unser Projekt als Erste bei der ITU eingereicht haben». Bleibt dann überhaupt noch Platz für andere Anbieter? «Wir müssen heute garantieren, dass wir keine geostationären Satelliten stören. Das können wir. Aber unsere Konkurrenten werden beweisen müssen, dass sie weder geostationäre Satelliten noch unser System stören», sagt Wyler. «Wir werden sehen, ob das möglich ist.»